

# **Stellungnahme der Katholischen Landvolkbewegung (KLB) und der Landfrauenvereinigung des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) der Diözese Würzburg zu dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP)**

Die Katholische Landvolkbewegung und die Landfrauenvereinigung des Katholischen Deutschen Frauenbundes der Diözese Würzburg machen sich große Sorgen über die zur Zeit mehr oder weniger im Geheimen geführten Verhandlungen zu dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA.

Sie befürchten, dass ein ausschließlich an wirtschaftlichem Wachstum und an Investitions- und Handelserleichterungen für große Wirtschaftskonzerne orientiertes Verhandlungsergebnis wichtige Errungenschaften unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft gefährden sowie den dringend notwendigen Bemühungen um eine gerechtere, an Menschenwürde und Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsform sowie mehr Umwelt- und Klimaverantwortung entgegenwirken könnte.

Folgende grundlegende soziale, humane und ökologische Standards dürften auf keinen Fall aufgeweicht, sondern müssten stattdessen verstärkt und ausgebaut werden.

## **1. Grundversorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen**

Grundlegende lebensnotwendige Güter (z.B. Lebensmittel, Wasser, Energie, Gesundheitsversorgung) dürfen nicht vorrangig als Handelsgüter betrachtet werden, da die Armen sonst davon ausgeschlossen werden und ihnen ihr Lebensrecht genommen wird. Dies gilt auch für weitere öffentliche Güter und Dienstleistungen wie Bildung und Kultur.

## **2. Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe**

Regionale Wirtschaftskreisläufe müssen gerade angesichts der zunehmenden Globalisierung unbedingt gestärkt und gefördert werden. Wertschöpfungsketten in der Region schaffen die Grundlage für die Stabilität der globalen Märkte und gewährleisten die Teilhabe der Menschen vor Ort (Ernährungssouveränität). Diese auf regionaler Entwicklung und Teilhabe aufgebaute Stabilität ist nachhaltig und stützt das zurzeit ungenügend kontrollierte und deshalb anfällige globale Wirtschafts- und Finanzsystem. Die beiden katholischen Landverbände setzen sich seit langem für neue, faire und regional orientierte Projekte in Wirtschaft und Landwirtschaft ein.

## **3. Förderung der bäuerlich-familiären Landwirtschaft**

Verschiedene Untersuchungen zeigen (u.a. Weltagrarbericht), dass die bäuerlich-familiäre Landwirtschaft die geeignetste Form ist, um Ernährungssicherheit und eine positive ländliche Entwicklung zu erreichen. Viele Existenzen von Kleinbauern sind jetzt schon bedroht; durch TTIP würde sich die Lage wahrscheinlich noch verschärfen.

## **4. Weltweite Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit**

Es besteht die Gefahr, dass das Handelsabkommen die Bemühungen um die globale Armutsbekämpfung und Ernährungssicherung negativ beeinflusst und sich die Schere zwischen Arm und Reich noch mehr weiten wird.

## **5. Ökologie und Klimaschutz**

Wir sehen verschiedene Standards im Umweltschutz bedroht. Gerade im Bereich der Lebensmittel ist ein Verdrängen regionaler Kreisläufe durch eine globale Vermarktung und die damit einhergehenden weiten Transporte ökologisch nicht sinnvoll.

## **6. Verbraucherschutz**

Die Standards im Verbraucherschutz (z.B. keine grüne Gentechnik, kein Einsatz von Wachstumshormonen) dürfen nicht aufgeweicht werden.

## 7. Schutz biologischer Vielfalt

Patente auf Leben und die grüne Gentechnik sind strikt abzulehnen. Das Landwirteprivileg (Erlaubnis des Nachbaus von Saatgut) und das Züchterprivileg (Erlaubnis, neue Sorten zu entwickeln) müssen uneingeschränkt erhalten bleiben.

## 8. Erhalt der kulturellen Vielfalt

Der Schutz der kulturellen Vielfalt ist unbedingt notwendig und soll materiell und ideell durch den Staat oder die Kulturräume förderbar bleiben. Die Verantwortung für die kulturelle Vielfalt muss bei den Ländern bzw. Regionen bleiben.

## 9. Demokratie und Selbstbestimmung

Wichtige Entscheidungen müssen weiterhin von den gewählten Parlamenten und dem öffentlichen Rechtssystem getroffen und verantwortet werden.

Die katholischen Landverbände fordern die politisch Verantwortlichen dazu auf, sich bei den Verhandlungen eindeutig am Gemeinwohl, an der Würde eines jeden Menschen sowie am Ziel einer solidarischen, gerechten und humanen weltweiten Gesellschaft zu orientieren. Es dürfe nicht vorrangig um mehr Macht und Gewinn für Konzerne auf Kosten von Demokratie, Mensch und Natur gehen. Außerdem sollten sie sich für eine angemessene Beteiligung der Öffentlichkeit am Verhandlungsprozess stark machen. Es dürfe nicht weiterhin so sein, dass Lobbyisten großer Wirtschaftskonzerne an den Verhandlungen beteiligt sind, dagegen nationale Parlamente, das EU-Parlament, Verbände und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie die gesamte Öffentlichkeit weder einbezogen sind noch ausreichend informiert werden.

Ihre Mitglieder sowie die gesamte Bevölkerung fordern die Landverbände auf, sich mit der Thematik zu beschäftigen und sich aktiv an der Diskussion über das geplante Freihandelsabkommen zu beteiligen. Sie sollten sich dagegen wehren, dass solch wichtige Inhalte im Geheimen verhandelt und damit grundlegende Regeln der Demokratie und des Kontrollrechts der Öffentlichkeit missachtet werden.